

# Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **67 (1987)**

Heft 6

PDF erstellt am: **17.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## CH91 und die Konzeptionen

Was zu einem nationalen Ereignis hätte werden sollen, ist zur Bruchlandung mit schwer absehbaren Folgen geworden: Entgegen den optimistischen, durch Umfragen scheinbar untermauerten Abstimmungsprognosen sagten die Stimmbürger der Innerschweizer Kantone am 26. April in seltener Einmütigkeit klar und deutlich nein zu CH91. Und was immer seither sonst noch an Erklärungen für den Misserfolg angeführt worden ist — die Kommentatoren sämtlicher Schattierungen haben ausnahmslos vor allem *einen* Hauptgrund für die massive Ablehnung ausgemacht: das sensibilisierte Umweltbewusstsein, die Skepsis gegenüber neuen Infrastrukturen, den Aversionen gegen den Alptraum einer monatelangen, womöglich motorisierten «Völkerwanderung» durch die Zentral-schweiz.

Wer das Projekt im Lauf der Jahre mehr oder weniger nahe mitverfolgt hat, dem geht im Rückblick allerdings auch manch anderes durch den Sinn. Am Anfang hatte eine Konzeption gestanden, die fast visionär anmutete: die Idee einer nationalen Standortbestimmung in Form eines geistigen Prozesses, der mehr prospektiv als retrospektiv ausgerichtet sein sollte. Präsentiert wurde sie in einer Sprache, welche die einen positiv als intellektuell herausfordernd aufnahmen, die andern aber — und dies war wohl die Mehrheit —

schlicht als typisches «Soziologenchinesisch» empfanden.

Das Konzept machte in der Folge Wandlungen durch. Insbesondere wurde vermehrt der Überlegung Rechnung getragen, dass «Herr und Frau Schweizer» am 700. Geburtstag der Eidgenossenschaft wohl nicht nur mit den Fehlern der Vergangenheit und den Sorgen der Zukunft konfrontiert werden wollten. So wurden immer mehr auch Elemente positiver Selbstdarstellung ins Konzept aufgenommen, wobei weiterhin auf moderne Formen und Formulierungen geachtet wurde. Damit schien sich ein breiter Konsens unter den möglichen Partizipanten abzuzeichnen, und Hunderte von Vorbereitungsgruppen leisteten dabei ideenreiche Grundlagenarbeit.

Nach den negativen Volksabstimmungen hat einer der durchschlagkräftigsten Promotoren von CH91, alt National- und Regierungsrat Alois Hürli-mann, die Frage gestellt, ob die «Landi» von 1939 und die «Expo» von 1964 wohl zustande gekommen wären, wenn dafür ebenfalls Volksabstimmungen hätten durchgeführt werden müssen. Die Frage ist berechtigt. Dabei handelte es sich in beiden Fällen um wesentlich einfachere, leicht überschaubare Konzepte. Das Projekt der CH91, Stand Frühjahr 1987, war zwar schon recht weit konkretisiert. Doch blieb es anfällig für Kritik, wobei diese

Kritiken verschiedenste Teilaspekte analysierten, in ihrer Summierung aber fast zwangsläufig zu einer deutlichen negativen Mehrheit führen mussten.

Umfassende Konzeptionen haben es in unserem Lande schwer. Man denke an die verschiedenen «Gesamtkonzeptions»-Leichen, die sich vorab in den letzten zwanzig Jahren angesammelt haben. Bei keiner von ihnen wurde auch nur im Traume daran gedacht, sie in ihrem «Urzustand» vors Volk zu bringen. Und die meisten von ihnen wurden später selbst in stark verwässelter Form nicht abstimmungsreif. Sie waren Bestandesaufnahmen und Denkanreize — womit es schliesslich sein Bewenden hatte. An der Totalrevision der Bundesverfassung laborieren wir seit 22 Jahren herum; und sie wird wohl auch in der nun vom Parlament voraussichtlich im Juni zu beschliessenden «Mini-Form» letzten Endes —

das heisst wohl irgendwann in den neunziger Jahren — doch noch auf der Strecke bleiben.

So gesehen ist CH91 wohl nicht nur an der «Grünen Welle» nach Tschernobyl und Schweizerhalle gescheitert. Sie ist auch an der schweizerischen Gesinnungsart abgeprallt, die es nun einmal mehr mit Pragmatismus und «gesundem Menschenverstand» als mit umfassenden Konzeptionen hat. Es wird sich weisen, ob aus den ungezählten Impulsen, die bisher von CH91 trotz allem ausgelöst worden sind, noch etwas Konkretes herauswächst, nicht in Form einer dezentralisierten nationalen Manifestation, vielleicht aber in Form von übers Land verstreuten Veranstaltungen, welche das Jubiläumsjahr 1991 zum Anlass nehmen, über gegenwärtige und künftige Probleme im Dialog laut nachzudenken.

*Richard Reich*

## **Fragwürdige Mutterschaftsversicherung**

Sozialpolitik ist ein schwieriges Geschäft geworden. Die Zeiten sind längst vorbei, in denen bei der Verwendung öffentlicher Mittel — sei es in der Sozialpolitik oder in andern öffentlichen Aufgabenbereichen — unbesehen mit der grossen Kelle angerichtet werden kann. Der Staat hat keine Chance mehr, sich so in der sozialpolitischen Arena als grosser Verführer zu tummeln, wie das noch in den sechziger Jahren der Fall war. Dass sich der Glaube in seine grenzenlose Finanzierungskraft als Illusion erwies, hat sich in der Zwischenzeit im Bewusstsein

nicht weniger Bürger festgekrallt. Auch der Staat steht unter dem Regime der Knappheit. Er kann die ökonomischen Gesetze ebensowenig überspringen wie ein privates Unternehmen oder eine Einzelperson.

Zwar steht der Bundeshaushalt heute nicht allzu schlecht da — und dies vor allem im Vergleich zur Situation der öffentlichen Haushalte anderer Länder. Aber die jahrelange Defizitwirtschaft im Bundeshaushalt hat zusammen mit dem gestiegenen Steuer- und Abgabedruck sowie den eher trüben Aussichten ein Klima ge-

schaffen, in dem auch sozialpolitisch motivierte Anstrengungen nicht mehr damit rechnen können, unbesehen über die politische Bühne zu gehen.

Das Parlament zu Bern kann sich zwar darauf berufen, mit der Verabschiedung der Mutterschaftsversicherung «nur» einen Verfassungsauftrag erfüllt zu haben. Wie sich nun zeigt, reicht diese Legitimation nicht aus, weil es eben in Perioden enger gewordener finanzieller Spielräume nicht nur darauf ankommt, dass «etwas» unternommen wird, sondern auch noch, *wie* ans Werk gegangen wird. Und wenn die Mutterschaftsversicherung unter diesem Blickwinkel ins Visier genommen wird, so wird eben sofort erkennbar, dass sie gravierende Mängel aufweist. Es hat sich nun allmählich doch herumgesprochen, dass *Giesskannensubventionen*, die ohne Rücksicht auf die Finanzlage des Subventionsempfängers mit grosser Gebärde über das ganze Volk ausgegossen werden, nicht mehr unbedingt in die sozialpolitische Landschaft passen.

Auch sozialpolitisch begründete Ausgaben müssen sich die Frage gefallen lassen — und daran ist eigentlich nichts auszusetzen —, ob sie in dem Sinne optimal eingesetzt sind, als sie einen eindeutig identifizierten sozialen Missstand zu beheben vermögen. Dass das Gebären unabhängig von der finanziellen Lage der «Betroffenen» einen subventionswürdigen sozialen Notstand begründet, zu dessen Beseitigung die Gesellschaft insgesamt einzustehen hat, dürfte unter den heute vorherrschenden klimatischen Bedingungen in der politischen Arena nicht mehr allzu leicht verkäuflich sein. Und dies um so

mehr, als nicht wenigen Zeitgenossen geläufig ist, dass in einer nicht allzu fernen Zukunft auch die Lösung eines eher schwerwiegenden AHV-Problems zu bewältigen sein wird. Wer glaubt noch daran, dass dies ohne neue Lohnprozente zu machen sein wird?

Es ist also durchaus möglich, dass das Parlament die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat und dass es durch die Initiative des Schweizerischen Gewerbeverbandes gezwungen werden könnte, noch einmal zusammen mit dem Bundesrat über die Bücher zu gehen. Es wäre dies gewiss kein Landesunglück, weil nicht einmal bekannt ist, ob die blosse Einkommensumverteilung à la Mutterschaftsversicherung überhaupt jene Wirkungen auslöst, die die Protagonisten erwarten. Es gibt Untersuchungen in andern Ländern, aus denen hervorgeht, dass sich bei einem grossen Prozentsatz der Haushalte — in Grossbritannien sind es über 50% — am sozialen Status nach Aufrechnung der geleisteten Steuern mit den empfangenen Sozialleistungen nichts geändert hat. Ein sinnvoller Vorgang? Offenbar vor allem für die Verteilungsbürokratie. Es ist kaum anzunehmen, dass sich die Verhältnisse in der Schweiz in dieser Beziehung völlig anders darstellen. Jedenfalls liegen für eine solche Annahme keine Anhaltspunkte vor. Selbstverständlich kann es einzelne Fälle geben, bei denen eine Mutterschaftsversicherung segensreich wirkt. Ergo sollen diese ins sozialpolitische Netz aufgenommen werden — was heissen würde, dass eine Mutterschaftsversicherung fallspezifisch zu konzipieren wäre.

Willy Linder

## Seine Majestät der Oppositionsführer

«*Je ne serai pas inerte*» — Ich werde nicht untätig sein — antwortete François Mitterrand, als er gefragt wurde, ob er, der Neugründer und *leader* der Sozialistischen Partei, die er in Präsidenten- und Parlamentswahl im Mai 1981 zum Sieg geführt hatte, nach dem voraussehbaren Sieg der bürgerlichen Parteien noch im Elysée bleiben könne. Neben dem künftigen, nicht von ihm gewünschten Premierminister bliebe ihm doch nur die Eröffnung von Blumenausstellungen.

«Inerte», träge, ist in dieser wie erwartet eingetretenen Konstellation der auf sieben Jahre gewählte Präsident wahrhaftig nicht gewesen. Zunächst freilich sah es nach Hausmeiertum oder Shogunat aus: ein verblassender, auf Repräsentationsaufgaben beschränkter «Schattenkaiser»: ein dynamischer, die stärkste Partei der neuen Mehrheit führender Regierungschef. In den ersten Monaten der «cohabitation» wurde überwiegend diese Diagnose gestellt: die wahre Macht sei nunmehr im Hotel Matignon, Sitz des Premierministers, unterstützt von einem Team, das Jacques Chirac schon als Bürgermeister von Paris — das ist er gleichzeitig geblieben — umgab. Mitterrand selber zeigte guten Willen, das Experiment gelingen zu lassen. Die Liberalisierung, insbesondere die Entstaatlichung — keine andere sozialistische Partei hat so an die praktische und symbolische Bedeutung der Nationalisierung geglaubt wie die französische — ging zügig voran, der Ansturm der Aktienkäufer war ein Plebiszit. In der Aussenpolitik, die neben der Verteidigung zur besonderen Domäne des Präsidenten gehört — das steht nicht in der Verfassung, ist aber unter de Gaulle selbstverständlich

geworden — gab es ohnehin keine wesentliche Uneinigkeit. Mitterrand, der Kommunisten in die Regierung aufnehmen liess, hatte sich durch seine Rede vor dem Bundestag in Bonn «atlantisch» erwiesen. In der Weigerung, amerikanischen Bombern, unterwegs nach Tripolis, freien Flug durch Frankreich zu gewähren, waren sich Präsident und Premierminister einig. Für die Afrikapolitik holte allerdings Jacques Chirac den legendenumwobenen Foccart zurück, den die Linken verabscheuen. Da Mitterrands Personenwahl gerade in diesem Bereich nicht glücklich gewesen ist, musste er es dulden.

Gegen Beschlüsse und Reformen der Regierung behielt der Präsident allerdings Waffen, und er hat sie alle gebraucht: Verweigerung der Unterschrift, in strittigen Punkten Unterstützung seiner Ablehnung durch den Verfassungsrat (nicht mit dem ebenfalls unbequemen Staatsrat zu verwechseln). An die Spitze des Conseil constitutionnel hatte der Präsident rechtzeitig seinen Justizminister Robert Badinter gesetzt — doch waren die Verwarnungen von dessen Mehrheit getragen. Schelte an seinen Entscheidungen wurde auch auf bürgerlicher Seite, insbesondere von Raymond Barre, missbilligt. Seinerzeit hatte die regierende Linke mit diesem Rat ihre Mühe gehabt und sich selber durch ihre Angriffe auf ihn geschadet.

Zu Mitterrands zunehmend intensiverer Aktivität gehörte ständige Sichtbarkeit in langen Fernsehauftritten, der Empfang von streikenden Staatsbeamten, ostentative Sympathie für Studenten- und Schülerdemonstrationen gegen ein neues Gesetz. «*Er ist überall*», schreibt «*L'Express*» vom 15. Mai — «in

*Bourges bei einem Rockkonzert, im Aveyron mit Grünen, auf der Baustelle des Grand Louvre behelmt, an der Eröffnung der Dior-Modeschau. Am 13. Mai empfängt er das Rugbyteam zum Mittagessen, am 14. Mai ehrt er die französischen Familien und dekoriert den Regisseur Peter Brook sowie Elizabeth Taylor. Das Ganze zwischen Empfängen, die das Fernsehen übertrug und internationalen Gipfelbegegnungen...»*

Der Präsident hat jede oppositionelle Regung, jede Forderung, die die Regierung in Verlegenheit brachte, unterstützt. Es ist die Umkehrung der amerikanischen Verhältnisse: dort ist der Präsident Chef der Exekutive und der — jetzt mehrheitlich von der Gegenpartei dominierte — Kongress macht ihm das Regieren schwer. In Paris ist der Premierminister der Regierende und der Präsident der Animator der Opposition. Grossbritannien kennt den Oppositionsführer Ihrer Majestät, Frankreich hat Seine Majestät, den Oppositionsführer.

Was heute den Gewählten einer verblässenden und eher «zentristischen» sozialistischen Partei bei den Meinungsumfragen wieder einen Vorsprung gibt, ist allerdings nicht nur Mitterrands ungewöhnliche Energie und Begabung. Es ist vor allem der Streit innerhalb der bürgerlichen Koalition — eben jener Streit, der Mitterrand 1981 ohne Zuwachs sozialistischer Wählerstimmen, nur solcher der Stimmenthaltungen, den Sieg schenkte: damals war es der Kampf Jacques Chiracs gegen den Präsidenten und Anwärter Giscard d'Estaing.

Allerdings hatte Mitterrand mit der Wiedereinführung der Proporzwahl zur Schwächung der neuen Mehrheit entscheidend beigetragen. Der extrem rechte Jean-Marie Le Pen, der 1981

nicht einmal kandidieren konnte, weil ihm die vorgeschriebenen fünfhundert Unterschriften von Notablen fehlten, zog mit einer Fraktion in die Nationalversammlung ein, verkündet jetzt, dass er als Kandidat zwanzig Prozent der Stimmen gewinnen werde — weit über zehn Prozent könnten es durchaus sein. Die Kandidaten der bürgerlichen Parteien, Chirac, Barre, vielleicht noch Léotard, werden wegen dieser erstarkten Extremrechten im ersten Wahlgang wahrscheinlich jeweils weit unter dreissig Prozent der Wählerstimmen gewinnen, das Resultat dürfte näher an zwanzig sein; von da aus ist der Sprung auf über fünfzig Prozent schwer.

Mitterrand hat angesichts der Schrumpfung der Kommunistischen Partei auf der Linken keine Konkurrenz zu fürchten. Die Linke bleibt schwächer als das bürgerliche Lager, doch Mitterrand könnte, wenn er sich zur Wiederwahl stellt, stärker sein als jeder Rivale. Damit würde — denn ein Sieg seiner Partei in Parlamentswahlen bleibt unwahrscheinlich — das Provisorium der «cohabitation» möglicherweise über das im Mai 1988 endende Septenat erhalten. Es könnte aber in diesem Fall zu jenen Krisen führen, die vor einem Jahr zu Unrecht vorausgesagt wurden.

Die Fünfte Republik sollte Frankreich eine kontinuierliche, volle Regierungsautorität sichern. Eine solche hatte und hat vielleicht nach den Wahlen weiterhin Margaret Thatcher. In Grossbritannien ist mit dem Parlamentarismus vereinbar, was in Frankreich als unvereinbar galt. Ob eine ungebrochene Autorität in jedem Fall gegenüber einer, die mit Konflikten rechnet, nur Vorzüge hat? Das ist eine andere Geschichte.

*François Bondy*